



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: VPA/01/2024
Sitzungsdatum: Mittwoch, 21.02.2024	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 16:26 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf	
Bürgermeisterin	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	Vertretung für Herr Stadtrat Alfred Grob
Herr Stadtrat Thomas Deiser	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner	
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	
Herr Stadtrat Jochen Semle	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Frau Stadträtin Angela Mayr	
Herr Stadtrat Günter Schülter	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Herr Stadtrat Francesco Garita	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Bernd Kuch	Referat I
Herr Dirk Müller	Referat III
Herr Isfried Fischer	Referat V

Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Frau Ulrike Wittmann-Brand	Referat VII
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Alfred Grob	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Neuerlass der Verordnung der Stadt Ingolstadt über ein Verbot der Fütterung von verwilderten Tauben (Stadttauben-Verordnung) (Referent: Herr Müller) Vorlage: V0025/24	3
2. Mitgliedschaft für die Stadt Ingolstadt bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V. (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0035/24	4
3. Mitgliedschaft im Bayerischen Jazzverband e.V. (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0039/24	4
4. Personelle Ausstattung Fahrradbeauftragte . Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2023 Vorlage: V0248/23 . Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V1137/23	5
5. Erlass einer Allgemeinverfügung zur Benutzung des Wasserspielplatzes „Donauwurm“ (Referentin: Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V1135/23	7

Oberbürgermeister Dr. Scharpf eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Zur Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Danach gibt der Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung**Beratend**

- 1 . **Neuerlass der Verordnung der Stadt Ingolstadt über ein Verbot der Fütterung von verwilderten Tauben (Stadttauben-Verordnung)**
(Referent: Herr Müller)
Vorlage: V0025/24

Antrag:

Der Stadtrat beschließt die Verordnung der Stadt Ingolstadt über ein Verbot der Fütterung von verwilderten Tauben (Stadttauben-Verordnung) entsprechend der Anlage.

Stadträtin Leininger fragt nach, ob überhaupt in den letzten Jahren Bußgelder erhoben worden seien und weiter erkundigt sie sich zum aktuellen Stand der Taubenplage.

Herr Müller verweist auf die bewährte Bußgeldverordnung. Es sei allerdings kein Fall bekannt, wo dies im größeren Maße vollzogen worden sei. Er könne eine Statistik hierzu gerne nachliefern. Mit Blick auf die Laufzeit sei die maximale Geltungsdauer von 20 Jahren bereits im Jahr 2004 ausgeschöpft gewesen. Nun habe man wieder einen entsprechend zeitlichen Rahmen gesetzt. Insofern gehe Herr Müller davon aus, dass dies die Umsetzung in der Praxis nicht großartig belaste.

Nach den Worten von Stadträtin Leininger sei nicht ihr Ansinnen, eine solche Statistik zu erheben. Ihres Erachtens habe die Taubenplage stark abgenommen. Gegen den Erlass spreche nichts.

Herr Müller verweist auf das von Herrn Dr. Ebner eingeführte Gelegemanagement. Dies habe massiv zur Reduzierung der Taubenplage beigetragen.

Stadtrat Werner gehe auch davon aus, dass dies der Hauptgrund dafür sei, dass die Plage abgenommen habe. Seine Bitte sei, dass ältere Menschen nicht so streng bestraft werden, wenn diese die Tauben füttern. Er regt an, hier die „Kirche im Dorf“ zu lassen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beschließend

- 2 . **Mitgliedschaft für die Stadt Ingolstadt bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V.**
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0035/24

Mit allen Stimmen:

Die Stadt Ingolstadt wird Mitglied bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V.

Beschließend

- 3 . **Mitgliedschaft im Bayerischen Jazzverband e.V.**
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0039/24

Mit allen Stimmen:

Die Stadt Ingolstadt wird Mitglied im Bayerischen Jazzverband e.V.

- 4 . **Personelle Ausstattung Fahrradbeauftragte**

Beratend

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2023
Vorlage: V0248/23

Antrag:

wir stellen folgenden

Antrag:

1. Die Stabsstelle der Fahrradbeauftragten erhält zur Unterstützung ihrer Arbeit zwei Vollzeitstellen:
 - eine*n sachvertretende*n Ingenieur*in für die Radverkehrsplanungen
 - eine Verwaltungskraft für die inhaltliche Zuarbeit
2. Um der Maßgabe für 2023 der Stellenneutralität zu entsprechen, stellt die Verwaltung dar, ob und wie die Stellen aus dem Referat IV für Hoch- und Tiefbau aus anderen Bereichen abgezogen werden können und welche Konsequenzen diese Verlagerung hat.
3. Der Stadtrat entscheidet, ob er diesem Vorgehen zustimmt oder ob die Schaffung von neuen Stellen notwendig ist.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V1137/23.

Beratend**Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V1137/23**Antrag:

1. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation kann der Forderung nach Unterstützung der Stabstelle Radverkehr und der Fahrradbeauftragten der Stadt durch die Schaffung zweier neuer Stellen in dieser Organisationseinheit, weder durch Umwidmung vorhandener Stellenkapazitäten noch durch die Neuschaffung der Stellen im Rahmen des Stellenplanverfahrens nachgekommen werden.
2. Eine mittelfristige Verstärkung der Stabstelle durch interne Fluktuation wird jedoch geprüft.

Der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 960/DIE GRÜNEN V0248/23 und der Antrag der Verwaltung V1137/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Semle sehe weiterhin im Bereich der Fahrradbeauftragten die Notwendigkeit die personelle Ausstattung, vor allem die Planungskapazitäten, auszubauen. Somit solle und könne auch in diesem Bereich die alternative Mobilität vorangetrieben werden. Denn das Fahrrad sei eine relativ wichtige Alternative zu anderen Verkehrsträgern und damit auch gut für den Klimaschutz. Das Klimaschutzziel sei hier sehr existenziell. Stadtrat Semle merkt an, dass die Antwort der Verwaltung in die richtige Richtung gehe. Es sei unstrittig, dass diese Stelle notwendig sei.

Stadträtin Hagn merkt an, dass sich ihre Gruppierung für die Verwaltungsvorlage ausspreche. Sie fragt nach, ob eine Information an die Ausschussmitglieder vor der internen Besetzung der Stelle erfolge oder erst danach erfolge. Sollte die Information des Ausschusses erst nach erfolgter Entscheidung der Verwaltung erfolgen, bittet sie um getrennte Abstimmung der Antragspunkte.

Der Aufschub in der Verstärkung der Stabstelle Fahrrad solle möglichst kurz sein, so Herr Hoffmann. Er sei der Meinung, dass eine Unterstützung für die Fahrradbeauftragte nötig sei, da diese vielfach im Tagesgeschäft mit untergeordneten Aufgaben gebunden werde und so nicht zu strategischen Dingen ihrer Tätigkeit komme. Weiter verweist er auf noch nicht spruchreife erste Überlegungen. Der Aufschub liege bei bis zu maximal zwei Jahren. Hier müsse die Entwicklung abgewartet werden. Sobald eine Lösung vorliege, sichert Herr Hoffmann vorab eine Berichterstattung im zuständigen Ausschuss zu.

Die CSU-Stadtratsfraktion gehe mit der Verwaltungsvorlage mit, so Stadtrat Deiser. Er warne aber davor, hier Doppelstrukturen aufzubauen. Die Fachleute für das Straßen- und Verkehrsmanagement gebe es bereits in den entsprechenden Ämtern. Seine Fraktion sei der Meinung, dass eine Doppelbesetzung keinen Sinn mache. Auch solle man sich hier nicht in die Quere kommen.

Herr Hoffmann sehe dies auch so und teilt mit, dass keine Doppelstrukturen entstehen dürften. Das Sachgebiet im Tiefbauamt, welches für die Planungen zuständig sei, sei derzeit sehr gut ausgelastet. Oftmals sei es deshalb so, dass man für kleinere Fragestellungen aus dem Bereich des Radverkehrs doch länger auf erste Machbarkeitsüberlegungen warten müsse. Wenn die Fahrradbeauftragte planerisches Grund- Know-How hätte, könnten gewisse Klärungen, selbstverständlich in Abstimmung mit Tiefbau und Verkehrsmanagement zügiger erfolgen. Die Federführung für die eigentlichen Planungen und die Umsetzung liege aber weiterhin beim Tiefbauamt. Hier solle man sich gar nicht in die Quere kommen.

Die Feststellung, dass die Fahrradbeauftragte neue Dinge angestoßen habe und etwas vorangehe, sei nach den Worten von Stadtrat Werner unstrittig. Auch das diese Unterstützung brauche, stehe außer Frage. Insofern würde er gerne dem Antrag zustimmen. Was aber aus seiner Sicht nicht funktioniere sei, dass aus anderen Bereichen jemand abgezogen werde. Wer wisse, wie knapp es in diesen Bereichen sei, könne auf so eine Idee gar nicht kommen. Die Verwaltung zeige mit der Begründung eine Perspektive auf. Die Bitte seiner Fraktion sei, dass der Zeitraum, bis es zu dieser Verstärkung für die Fahrradbeauftragte komme, möglichst kurz gestaltet werde.

Herr Hoffmann informiert, dass diese Stelle selbstverständlich mit einer Person aus einem seiner drei Ämter besetzt werde. Es solle aber so umgesetzt werden, dass man sich dabei nicht selbst blockiere oder behindere.

Es sei sehr erfreulich, dass das Radwegenetz immer mehr ertüchtigt werde, so Stadtrat Schidlmeier. Es müsse aber auch flankierend auf die Verkehrssicherheit und nicht nur auf die baulichen Maßnahmen geachtet werden. Er merkt an, dass das Chaos im Straßenverkehr stark zunehme und dies oft zu Gefährdungen führe. Stadtrat Schidlmeier regt an, mit der Polizei Kontakt aufzunehmen, damit punktuelle Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V1137/23:

Mit allen Stimmen:

Entsprechen dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 5 . **Erlass einer Allgemeinverfügung zur Benutzung des Wasserspielplatzes „Donauwurm“
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)
Vorlage: V1135/23**

Antrag:

1. Dem Erlass einer Allgemeinverfügung der Stadt Ingolstadt zur Benutzung des Wasserspielplatzes „Donauwurm“ wird entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage zugestimmt.
2. Das Gartenamt wird beauftragt, den Wasserspielplatz „Donauwurm“ entsprechend der Anlage 1 zu beschildern. Die erforderlichen Haushaltsmittel wurden bereits mit der Sitzungsvorlage V0167/23 genehmigt.

Stadträtin Leininger fragt nach, ob so etwas wie ein Piktogramm gestaltet werde. Sie bittet um eine möglichst knappe und unmissverständliche Gestaltung des Textes auf den Schildern.

Mit einer genauen Erläuterung solle die Rechtssicherheit zum Ausdruck gebracht werden. Die Haftungsrisiken sollen dadurch abgewälzt werden, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll geht davon aus, dass man noch mehr solche Schilder bekommen werde. Es sei in der Tat so, dass die Bevölkerung bei den Verkehrssicherungspflichten immer klagefreudiger werde. Weiter informiert sie, dass man sich hier auch bezüglich der Naherholungsgebiete beraten lassen müsse.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-

